

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 1

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer klagt über «ideologischen Krieg»?

Jahrelang hat man im Sowjetlager grössten Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Guttheissung der «friedlichen Koexistenz» (als Verhältnis von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zueinander) auf keinen Fall den Verzicht auf den «ideologischen Kampf» bedeuten dürfe. Aber im gleichen Sowjetlager wird heute der «ideologische Krieg» ausdrücklich verurteilt, wenn er zu einer zweiseitigen Sache zu werden droht.

Die DDR sieht sich und die anderen sozialistischen Staaten einem heftigen «ideologischen Krieg» ausgesetzt.

In der Ost-Berliner Zeitschrift «IPW-Berichte» (Nr. 12/82) beschuldigten führende Westforscher der DDR «die aggressiven Kräfte» im Westen, «das Gift der Auflösung» in die sozialistischen Staaten hineintragen zu wollen. Sie versuchten Informationsaustausch, Reiseverkehr und Tourismus sowie wissenschaftlich-technischen Austausch auszunutzen, «um antisozialistische Konterbande» in die sozialistischen Staaten «einzuschleusen». Geradezu generalstabsmässig verfolgten diese Kreise die Linie, «den realen Sozialismus zunächst ideologisch zu unterwandern, ihn dann politisch zu destabilisieren, um ihn schliesslich zu eliminieren». Das Beispiel Polen sei bededter Ausdruck hierfür.

Durch den Aufbau von «Fünften Kolonnen» im Innern der sozialistischen Staatengemeinschaft und deren Zusammenspiel mit westlichen Ge-

heimdiensten solle «Druck auf die sozialistische Staatsmacht» ausgeübt werden. Dabei spekulierten «die Zentren der psychologischen Kriegführung des Imperialismus darauf, durch Wirtschaftskrieg und Hochrüstung negative Wirkungen in den sozialistischen Ländern hervorzurufen, die die Verwirklichung von deren sozialpolitischen Programmen in Frage stellen».

Gleichzeitig sei der ideologische Krieg ein «Versuch zur Erzeugung von Massenmisstrauen und Massenhass in den kapitalistischen Staaten gegen den realen Sozialismus und von Kriegsbereitschaft». Dieses Konzept richte sich «natürlich auch und gerade gegen die Friedensbewegung, die im Zeichen des Antikommunismus geschwächt und letztlich wirkungslos gemacht werden soll». Strategisches Ziel «im Kampf gegen die Vertreter aggressiver imperialistischer Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik» müsse es deshalb sein, «alle nur erreichbaren Kräfte zusammenzuschliessen und zu mobilisieren». ■

Breschnew-Städte

Im Unterschied zu seinem Vorgänger Chruschtschow wird Breschnew in der UdSSR durch Umbenennungen von Städten usw. verewigt. Damit betont die neue Führung demonstrativ die Kontinuität.

Bis 1956 war es eine Praxis in der Sowjetunion, dass zahlreiche Ortschaften, wichtige Industriebetriebe, Kolchosen und Sowchosen den Namen verstorbener Partei- und Staatsführer erhielten. Dies war der Fall nach Lenins Tod 1924. In der Zeit des Stalinschen Personenkultes hat man nicht einmal bis zum Tode Stalins (5. März 1953) gewartet, sondern schon zu seinen Lebzeiten vie-

le kleinere und grössere Städte, Betriebe usw. nach ihm umbenannt, und zwar nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Volksdemokratien.

Der 20. Parteikongress im Februar 1956 erklärte dann den Kampf gegen den Personenkult, und in den darauffolgenden Jahren hat man den verschiedenen Stalin-Städten und -Betrieben ihre früheren Namen zurückgegeben. Gleichzeitig beschloss das Präsidium des Obersten Sowjets (das kollektive Staatsoberhaupt der UdSSR), dass Ortschaften, Betriebe, Hochschulen usw. erst nach dem Tod einer führenden Persönlichkeit nach ihr umbenannt werden dürfen.

Der Parteichef (und gleichzeitig ab 1958 Ministerpräsident), der den Krieg gegen den Personenkult erklärte und durchführte, Nikita Chruschtschow (gest. am 11. September 1971), hat nach seinem Sturz am 14. Oktober 1964 bzw. nach seinem Tod kein Denkmal erhalten; keine Stadt, kein Betrieb wurde nach ihm benannt. Er musste die letzten Jahren seines Lebens in einer mittelgrossen Moskauer Wohnung verbringen. Man warf ihm «Subjektivismus» und «Voluntarismus» vor. Die Grosse Sowjetenzyklopädie (Bd. 28, 1978) widmete ihm in einer Kolonne lediglich 34 Zeilen, während Breschnew schon in seinem Leben in der Grossen Sowjetenzyklopädie (Bd. 4, 1971) 221 Zeilen erhielt.



Breschnew hatte keine Abneigung gegenüber einem gemässigten Personenkult. Nach seinem Tod veröffentlichte das Mitteilungsblatt der Sowjetregierung, in welchem die Beschlüsse, Verordnungen und Verfügungen von Regierung und Ministerien (ausnahmsweise) veröffentlicht werden, einen gemeinsamen «Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrates der UdSSR über die Verewigung des Andenkens an Leonid Iljitsch Breschnew». Es heisst in der Einführung dieses Beschlusses:

«Unter Berücksichtigung der Verdienste des treuen Fortsetzers der grossen Sache Lenins, des bedeutenden Funktionärs der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, der internationalen Kommunistischen und Arbeiterbewegung, des feurigen Kämpfers für Frieden und Kommunismus» würden eine grössere und eine kleinere Stadt in «Breschnew-Stadt», ein Stadtbezirk in Moskau und ein weiterer in Dneprodscherschinsk – wo Breschnew seinerzeit studierte – in Breschnew-Bezirke umbenannt. Ausserdem werden in Zukunft sechs Industrie- und Agrarbetriebe, drei Hochschulen und eine Mittelschule seinen Namen tragen. In den Städten Moskau, Leningrad, Kiew, Alma, Ata und Dnepropetrowsk werden je ein neuer Park, ausserdem ein Schiff der Kriegsmarine und ein Passagierschiff nach Breschnew umbenannt. Für 12 Studenten der Moskauer Universität und drei weiterer Hochschulen wurden Breschnew-Stipendien gestiftet. Gedenktafeln werden eingerichtet in Dschersinsk-Betrieb (Dneprowsk), wo Breschnew seinerseits arbeitete, an der Dneprodschersinsker Hochschule, wo er studierte, und am Moskauer Haus (Kutusow-Allee 26), wo er wohnte. ■

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**
zu Fr. 39.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift